

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Heftamen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Die Vorgänge in Frankreich.

Wie die Blätter melden, wird der bei einem Gerichtsbeschluss beschlagnahmte, auf Pauspapier geschriebene Brief Eucherius auf wichtiges Beweismittel angesehen. Das Pauspapier ist quadrilliert und äußerst selten. Im Jahre 1894 war es dem Polizeikommissar Godefroy unmöglich, bei hiesigen Händlern und Fabrikanten eine einzige Probe davon aufzutreiben.

Wie gerichtlich verurteilt, beschloß der Kassationshof, falls die Aussagen der früheren Kriegsminister Widerprüche aufweisen, eine Kommission ins Kriegsministerium zu entsenden, um die Aussagen des Ministers entgegenzunehmen.

Welche Gerichte die Dreyfus-Affäre hervorbringt, ergibt sich aus nachstehender Auflistung der „Birmingham Post“: „In gewissen einflussreichen Kreisen heißt es, daß zwei Finanzhäuser sich bereit erklärt haben, dem Prinzen Louis Napoleon 1.000.000 Pfund Sterling vorzuschließen, und daß der Kontrakt am nächsten Dienstag von den Agenten der beiden Parteien in Genf unterzeichnet werden wird. Es steht kaum zu bezweifeln, daß das Darlehen politischen Zwecken dienen soll. Sonst würde es nicht nötig sein, besonders, wenn sich die wahrscheinliche Nachricht, daß der Prinz die Tochter des Großfürsten Wladimir, des Großprinzen des Zaren, heirathen wird, bewahrheitet.“

Der Disziplinarrath der Abgeordnetenkammer wies die von Jüdet gegen Labori eingebrachte Klage zurück.

Englische Streiks.

Auf die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit wirft die Geschichte der englischen Streiks und Lockouts während des Jahres 1897 ein recht lehrreiches Streiflicht. Laut der vom Board of Trade veröffentlichten statistischen Rechnung führten die vorjährigen Streiks für die Arbeiter einen Verlust von rund 10 Millionen Arbeitstagen mit sich, wovon allein 6 Millionen auf den großen Streik der Vereinigten Maschinenbauarbeiter entfielen. Von diesem Streik abgesehen, würde das Jahr 1897 für England als ein Zeitraum verhältnismäßig industrieller Friedens bezeichnet werden können. Doch wollen sorgfältige Beobachter des sozialen Horizonts aus den ihnen zugänglichen Symptomen den Gang herausheben, an die Stelle zahlreicher industrieller Kleinereignisse künftig immer weniger, aber dafür desto umfassendere Lohnkriege großen Stils zu setzen. Hierfür wird besonders der diesjährige große Kohlenarbeiterstreik in Südwales ins Gesicht geführt, der den Arbeitern einen Verlust von 14 Millionen Arbeitstagen brachte! Abgesehen von den wenigen großen Zusammenstößen hatten die zwischen Arbeitgeber und Arbeiter entstandenen Differenzen nur geringen Umfang, kurze Dauer und sekundäre Erfolge. Wie das Streikwesen der englischen Arbeiterorganisationen offensichtlich auf Konzentration ihrer Kräfte zu einer möglichst intensiven Gesamtleistung geht, so macht auch die Taktik Fortschritte, alle Streike gegen ein und dasselbe Ziel in Bewegung zu setzen, und zwar ist dieses Ziel nicht eine fette Erhöhung der Arbeitszeit, sondern eine Verkürzung der Arbeitszeit bis zur allgemeinen Einführung des Achtstundentages. Um der Erzielung eines höheren Lohnes willen streikte noch nicht die Hälfte der vorigen Jahre in Ausstand getretenen Arbeiter, was sich übrigens auch daraus erklärt, daß das Niveau der englischen Arbeiterlöhne in Folge der andauernd günstigen Geschäftskonditionen durchgängig über dem Durchschnitt steht. Auch der Maschinenarbeiterstreik wurde dementsprechend behufs Verabreichung der Arbeitsdauer ins Werk gesetzt, was ja bei sich gleich bleibenden Lohnsätzen praktisch auch auf eine proportionale Lohnsteigerung hinausläuft. Die Agitation für den Achtstundentag ist seitdem unter den Arbeitern immer populärer geworden, wobei sie von dem Grundgedanken ausgeht, der Arbeitgeber könne ohne Schwierigkeit für die kürzere Arbeitszeit ebenfalls Lohn zahlen als für die bisherige längere. Daß die Arbeitgeber dem Verlangen nach Herabsetzung der Arbeitszeit ohne entsprechende Verringerung des Arbeitslohnes nicht nachkommen können, wenn sie sich nicht selbst ruinieren wollen, scheint den Leuten erst die Erfahrung beibringen zu müssen. Im vergangenen Jahre sind mehr als 2/3 der ad hoc angestellten Streiks zu Ungunsten der Arbeiter ausgefallen, was wiederum auf Rechnung des Festsitzens der Maschinenbauarbeiter zu setzen ist. Da aber dieser Kampf als typisch für das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in England überhaupt zu erachten ist, so wird man annehmen dürfen, daß auch in der Folge die auf einseitige Verkürzung der Arbeitszeit gerichteten Agitationen der Arbeiterführer kein anderes Resultat erzielen werden. Es ist das auch im Interesse der Arbeiter selbst gelegen, denn der momentane Sieg einer unermesslichen Forderung müßte sich in seinen Folgen für die Leute noch weit verwerflicher erweisen als eine reinliche Niederlage.

Aber auch noch über einen anderen Gesichtspunkt enthält der Verlauf des Maschinenbauarbeiterstreiks beherzigenswerthe Lehren. Denn mit der Forderung des Achtstundentages waren die weiteren Forderungen einer Kontrollirung der Werksstätten und der Ausdehnung des Gewerkschaftsrechts der Trade-Unions verknüpft. Die Zustimmung an die Arbeitgeber, ihre Autorität an die Trade-Unions abzutreten, stieß dem Fasse den Boden aus. Bei aller Gerechtigkeit, wegen Lohn- und Arbeitszeitfragen mit sich reden zu lassen, will der englische Arbeitgeber doch an dem alten Motto nicht rütteln lassen: my house is my castle. Die Zustimmung, unter dem ständigen Joch des Trade-Unions-Terrorismus hindurchzugehen, hat plötzlich die Gesamtheit der englischen Arbeitgeber zum Erkenntnis des Gefahrs gebracht und in ihnen den Entschluß reifen lassen, auf einen Schurken an der Hand zu setzen, d. h. den Viesenorganisationen der Arbeiter mit noch tieferen Organisationen der Arbeitgeber zu verknüpfen. So ist jetzt die englische Arbeitswelt auf beiden Seiten mit kolossalen Mächtigkeiten besetzt, die, obwohl in aller Stille betrieben, doch Niemandem verborgen sind und den Keim zu einer endgültigen Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in sich tragen.

Aus dem Reiche.

Der „Germ.“ zufolge beschloß die Bischofskonferenz in Fulda eine **Dankadresse an den Kaiser** wegen der Erhebung der Dornik in Jerusalem. Erzbischof Dr. v. Stablenwski-Böfen und Bischof Dr. Sturm-Erlangen haben ihre Hommage beendigt und sind in Fulda eingetroffen, um an der Konferenz theilzunehmen. — Gelegentlich der Anwesenheit des Kaisers in Bad Deynhausen wurde ihm von zwei dortigen Damen ein prachtvoller Strauß aus Feldblumen überreicht. Der Kaiser, der hierüber sehr erfreut war, fragte die Spenderinnen, welches Gegenstück sie für diese zarte Aufmerksamkeit wünschten. Auf die Antwort: „Eine Ansichtskarte aus Jerusalem, Majestät!“ lächelte der Kaiser und erwiderte: „Woll'n mal sehen!“

Diesen Wunsch der Wittkellerinnen hat der Kaiser nicht vergessen, denn dieser Tage jandte der Oberstallmeister Graf Wedel im Auftrage seines kaiserlichen Herrn aus Jerusalem den Damen mehrere Ansichtskarten mit „Grüßen aus dem gelobten Lande“. — **Prinz Georg**, der sieben Wochen in Wiesbaden zum Kurgebrauch weilte, ist gestern von dort nach Düsseldorf abgereist. — In Berlin starb vorgestern im Alter von 75 Jahren der **Kreisgerichtsrath a. D. Hermann Jüdenberg**, der 1862 und 1863, zuerst als Mitglied der Fraktion Grabow, dann als Mitglied des linken Zentrums (Fraktion Bodum-Dolffs) den Wahlbezirk Lindau-Lübbeck im Abgeordnetenhaus vertrat. Er war lange Jahre Kreisrichter in Lübben, bis er 1879 in den Ruhestand trat. — In Ratibor ist im Alter von 66 Jahren der **Landgerichtsrath Eduard Maif**, der als Mitglied des Zentrums 1870-76 den Wahlbezirk Beuthen und 1870-93 den Wahlbezirk Ratibor im Abgeordnetenhaus vertrat, gestorben. — Für ein **Bismarck-Denkmal in Dortmund** ist ein engerer Wettbewerb ausgeschrieben worden, an dem sechs Berliner Bildhauer und ein Düsseldorfster Künstler theilgenommen. Die Entwürfe sind bis zum 1. Januar einzureichen. Es ist geplant, das Denkmal einzurichten Ende Juli 1899, am Todestage Bismarcks zu enthüllen. — Nach einer von der preussischen Zentralgenossenschaftsliste veröffentlichten Zusammenstellung der **eingetragenen Genossenschaften** giebt es in Preußen 8300 selbstständige Genossenschaften gegen 6958 im Vorjahre, so daß eine Zunahme um 1342 stattgefunden hat. Es befanden sich darunter 5898 (im Vorjahre 5103) mit unbeschränkter Kapazität und 103 (92) mit unbeschränkter Nachschußpflicht. Die Zahl der Genossenschaften mit unbeschränkter Kapazität hat sich hiernach um 795 oder 15,8 v. H., die der Genossenschaften mit beschränkter Kapazität um 536 oder um 30,4 v. H. vermehrt, so daß die Genossenschaften mit beschränkter Kapazität sich relativ fast noch einmal so stark vermehrt haben als die mit unbeschränkter Kapazität. Die Gesamtzahl aller Mitglieder der Genossenschaften wird auf 1.117.722, der Gesamtbetrag der Kapitalien, für die sie aufzunehmen haben, auf 204,5 Mill. Mark angenommen. — Ein auf Veranlassung des Oberbürgermeisters vom Direktor des **städtischen Schlachthofes in Leipzig** eingereichter Bericht über den Stand der Schlachtungen in diesem Jahre gegenüber den Vorjahren stellt unter Berücksichtigung der stetigen Steigerung der Schweinepreise fest, daß in diesem Jahre 5000 Stück Schweine weniger als im Vorjahre geschlachtet wurden. Das übrige Schlachtvieh ist an dem Müßigang unbetheiligt. — In der Zeit vom 20. Oktober bis zum 7. November sind jetzt im Ganzen bereits **84 dänische Unterthanen** aus Nordschleswig ausgewiesen. Von diesen entfielen auf den Kreis Hadersleben 65 Personen, auf Sonderburg 17, auf Apenrade 2.

Deutschland.

Berlin, 10. November. Wie aus Damaskus gemeldet wird, unternahm Kaiser Wilhelm und Kaiserin Viktoria gestern Vormittag einen Antritt nach einem Ausflugszuge in den Bergen, wobei bei Eröffnungen eingenommen wurden. Der Kaiser ritt am Nachmittag noch einmal nach dem Aussichtspunkt, während die Kaiserin eine Fahrt durch die Gegend und die Mauern der Zitadelle unternahm. Das Kaiserpaar gedenkt morgen nach Basel zu reisen.

Der Reichstag wird, wie der „Germ.“ zufolge nunmehr bestimmt ist, am 29. November eröffnet werden. Die amtliche Einberufung wird dieser Tage erfolgen.

Der Reichstag, der neugewählte Landtagsabgeordnete für Württemberg, hat sich für den Beitritt zur freikonservativen Fraktion entschieden. Herr Peltzohn, der bekanntlich in Württemberg gewählt ist, wird sich der freisinnigen Vereinigung anschließen.

Durch ein ganz eigenthümliches Bündniß, welches noch keine Folgen nach sich ziehen wird, haben im Landtagswahlkreise Hamm-Soyt die Zentrumsleute und die Vertreter der Sonderinteressen vom Bunde der Landwirthe ihre Kandidaten durchgedrückt. Wie es mit diesem Bündniß bestellt sein muß, beweist folgende Erklärung, welche der im ganzen Kreise als Ehrenmann geachtete Nittergutsbesitzer Herr von Stroß nach der „Köln. Ztg.“ veröffentlicht: „Durch die Vorgänge bei der letzten Abgeordnetenhauswahl, wo die mit dem Coeseler Wahlmannern eingetragenen Vereinbarungen nicht innegehalten, sogar ohne Grund in verletzender Weise gegen Herrn von Bodum-Dolffs und uns Coeseler Wahlmänner des Bundes umgestoßen wurden, fühle ich mich zu meinem großen Bedauern veranlaßt, aus dem Bunde auszutreten.“ Die dem Beispiel werden gewiß noch viele folgen. Herr von Bodum-Dolffs, der bisherige Vertreter des Kreises, wurde zu Gunsten des Führers der Bündler Simmermann-Schober, welcher bei der Reichstagswahl gegen Schulze-Stetten unterlag, ohne Weiteres preisgegeben. Die Nationalliberalen werden aus dem Wahlkreisfall in diesem Kreise wohl die Lehre ziehen, daß sie für eine bessere Organisation sorgen müssen; denn daran hat es in erster Linie gefehlt.

Von einer neuen Maßnahme der Regierung, die eine Beschränkung der Theilnahme der Kommunen an der Schulaufsicht bezweckt, wird in pädagogischen Kreisen berichtet. In Erfurt ist der Stadtschulrath Dr. Vorbrodt kürzlich gestorben. Als technisches Mitglied der

städtischen Schuldeputation, der die staatliche Schulaufsicht übertragen ist, beauftragte Dr. V. das Unterrichtswesen der Stadt Erfurt. Es wird nun mitgetheilt, daß die Stadtschulrathsstelle in dieser Form nicht mehr besetzt werden würde. Voraussichtlich werde die Regierung die Vereinigung der städtischen und staatlichen Funktionen nicht mehr genehmigen, sondern die Geschäfte der Schulaufsicht einer bei dem Regierungs-Collegium einzurichtenden Kreisinspektion übertragen. Die Erfurter Regierung ist in der selben Weise bereits in Nordhausen vorgegangen. Daß im Kultusministerium die Theilnahme der mit Schulaufsichtsbefugnissen ausgestatteten Schulbeamten eine beschlossene Sache ist, kann nach den in Charlottenburg gemachten Erfahrungen kaum noch einem Zweifel unterliegen.

Die Staatsregierung ist entschlossen, die Waarenhäuser einer Steuer zu unterwerfen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erinnert daran, daß die Regierung bisher auf dem Standpunkte beharrt habe, es sei in erster Linie eine Sache der Gemeinden, die Waarenhäuser zu gewerbesteuerlichen Leistungen heran zu ziehen, und fährt sodann fort: Es dürfte nicht ausgeschlossen sein, daß die Regierung die Zeit für gekommen erachtet, ein Staatsgesetz vorzuschlagen, wodurch die Gemeinden gezwungen werden, an eine höhere Gewerbesteuerbelastung der Waarenhäuser heranzugehen. Ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf ist indessen noch nicht fertiggestellt, doch finden darüber Verhandlungen zwischen den Ministern der Finanzen, des Handels und des Innern statt. Dies Gesetz müßte selbstverständlich die Form der Steuer vorschreiben, eine Aufgabe, die Angesichts der außerordentlich schwierigen Materie keine leichte ist. Die kürzlich von der Presse gebrachte Nachricht, die Regierung habe sich die französische Steuer zum Muster genommen, ist natürlich unbegründet. Das französische Gewerbesteuerrecht ist von dem unrigen so grundverschieden, daß sich eine Vermengung desselben von selbst verbietet.

Zu diesen offiziellen Eröffnungen bemerkt die „National. Anst.“: Das im Jahre 1896 vom preussischen Finanzministerium ausgegebene Besteuerungsmuster faßte den Maßstab für die Heranziehung der Waarenhäuser erheblich weiter. Es wies darauf hin, wie man nicht bloß nach den feststehenden Klassen der Gewerbesteuer progressive Sätze einführen könne, sondern auch, wie man für die großen Betriebe in progressiver Weise, nach den Leuten, die beschäftigt werden, nach den Gebäuden, die dem Betrieb gewidmet sind, nach dem Anlage- und Betriebskapital Zuschlag zur Gewerbesteuer machen könne, und wie schließlich eine Kombination der verschiedenen Besteuerungsgrundlagen Platz greifen könne. Die Umjahöhe hatte man noch aus dem Spiel gelassen, jedoch gab der Generalsteuerdirektor Burghardt im Abgeordnetenhaus zu, daß es „keineswegs ausgeschlossen erscheine, dies Moment bei der Steuerbemessung zu verwerthen“. Der Finanzminister hat damals mehrfach betont, man dürfe die grundvertheilenden Verhältnisse in den einzelnen Orten nicht über denselben Reiten schlagen; eine Besteuerungsform könne hier passen, dort nicht. Aus diesen und anderen Gründen glauben wir annehmen zu dürfen, daß die Vorlage in der Hauptsache nur die prozentuale Besteuerung der Waarenhäuser zu Gunsten der Kommunen obligatorisch machen und die Formen festsetzen wird, in welchen sich diese Besteuerung bewegen kann, daß die Wahl dieser Form aber den Kommunen freigestellt bleibt.

In der „Nordd. Allg. Ztg.“ findet sich nunmehr eine Erörterung betreffs der Uebertragung des gesamten Wasserbaues an das Landwirthschaftsministerium, die wie eine Befähigung der Erklärung der „Kreuztg.“ klingt, daß die Auffassung der Regierung in dieser Angelegenheit mit der jüngst erörterten der schlesischen Landwirthschaftskammer übereinstimme; zwar ohne dies ausdrücklich zu bestätigen, schreibt das Regierungsblatt: „Wenn sich gewisse Blätter den Anschein geben, als sei die Forderung der Landwirthschaftskammern ein neuer Beweis für den Uebermuth der Agrarier“, so kann das keinen ernstlichen Eindruck machen. So wenig man es den Vertretern von Handel und Industrie verdenken darf, für Förderung ihrer Interessen mit ganzer Kraft einzutreten, so wenig ist auch das gegen einzuwenden, daß die Landwirthschaft für ihr Wohl mit allem Nachdruck kämpft.“

Dazu schreibt die „Nat.-Ztg.“: Ob die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen „ernsten Eindruck“ empfängt, ist von geringem Belang; aber sehr bezeichnend wäre es allerdings, wenn nach der Auffassung der Regierung das „Wohl der Landwirthschaft“ erfordert, daß der gesamte Wasserbau einem Ressort entzogen würde, welches mit dem Zwecke dieser Bauten, der Förderung des Verkehrs, zu thun hat, und demjenigen Ressort übertragen würde, welches bei solchen Bauten nur nachtheilige Nebenwirkungen abzuwehren hat.

Faßt die Regierung das „Wohl der Landwirthschaft“ derart auf, so wird sie baldigst noch ganz andere Gelegenheiten erhalten, ihre Ansicht zu bekämpfen. Mit steigender Ungenügsamkeit verlangen gegenwärtig die agrarischen Blätter, daß der „Leutenoth“, wie sie sich ausdrücken, durch Festsetzung der Anweisungsmenge polnischer und russischer Arbeiter, d. h. durch rückständige Polonisation der Ostprovinzen abgeholfen werde. In einer, diese Forderung ebenfalls erhebenden Zuschrift an das hiesige Bundesorgan aus dem Kreise liegt es nur ein Ausweg, und der besteht darin, daß die gesetzlichen Bestimmungen, welche den dauernden Aufenthalt und die Niederlassung der Ausländer bei uns verbieten, beseitigt werden. Wir haben ein Recht, dieses von der Staatsbehörde zu verlangen, nachdem diese, man möchte fast sagen, systematisch in den letzten Jahrzehnten durch ihre Haltung und ihre gesetzlichen Maßnahmen die Entvölkerung des Landes bewirkt hat.

Wenn angesichts derartiger Anzeichen die Regierungspresse die Aufgabe erhält, die Agrarier zu verteidigen, so wird man an die weite Bemerkung in dem Erlaß erinnert, durch welchen die chinesischen Reformen im Namen des Kaisers von China jedoch wieder zurückgenommen wurden: „Eine offizielle Presse ist keine Hilfe für die Regierung, sondern verwirrt nur die Köpfe.“ Die Kaiserin-Regentin von China scheint wirklich eine sehr kluge Frau zu sein.

Auch der neueste Ausweis, den das Reichsversicherungsamt über die Zahl der am

1. Oktober d. J. laufenden Invaliden- und Altersrenten veröffentlicht hat, läßt erkennen, daß noch dieselbe verschiedenartige Tendenz in der Entwicklung der beiden Rentenarten vorherrscht, wie in den früheren Berichtsperioden. Die Invalidenrenten nehmen beträchtlich zu, und zwar vorläufig auf das Jahr berechnet mit 60.000, die Altersrenten nehmen noch immer an Zahl ab, wenngleich sich jetzt das Weniger auch nur auf einige Hunderte beläuft. In etwas jetzt sich die Entwicklung doch in Widerspruch mit den Voraussagen, welche der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Bödiker bei der Eröffnung der neuen Abtheilung für Invaliditäts- und Altersversicherung auf Grund der damaligen Erfahrungen aussprechen zu können meinte. Die Entwicklung der Renten ist aber auch gegen die Zeit vor fünf Jahren eine völlig verschiedene. Am 1. Oktober 1893 waren insgesamt 44.642 Invalidenrenten und 200.532 Altersrenten bewilligt. Am 1. Oktober 1898 hatte sich die Zahl der bewilligten Invalidenrenten auf 360.253, die der Altersrenten auf 333.064 gehoben. Es ist demnach in den letzten fünf Jahren für Invalidenrenten eine Steigerung von 315.211 oder im Jahresdurchschnitt rund 63.000, für die Altersrenten dagegen nur eine solche von 132.532 oder jährlich rund 26.000 zu verzeichnen gewesen. Wie sehr diese Zahlen gegen die frühere Entwicklung abstecken, ergibt sich am besten daraus, daß in der Zeit vor dem 1. Oktober 1893 die Jahresbewilligung im Durchschnitt bei den Invalidenrenten rund 16.000, dagegen bei den Altersrenten rund 73.000 betrug. Man kann als ziemlich gewiß annehmen, daß die unterschiedliche Entwicklung in den Renten, wie sie sich in diesen Zahlen ausdrückt, auch noch für die Folge anhalten dürfte.

Ueber den Gesundheitszustand in Ostasien können die „Berl. Pol. Nachr.“ feststellen, daß er in Folge der für die Regenzeit theilweise noch ungenügenden Unterfütterung zeitweilig allerdings zu wünschen übrig ließ, indem die Befragung unter Darmkrankheiten und in vereinzelten Fällen auch unter Malaria zu leiden hatte. Nach telegraphischen Erkundigungen ist jedoch nach Aufheben der Regenzeit und mit dem Eintritt kälterer Witterung eine erhebliche Abnahme des Krankenbestandes eingetreten. Todesfälle sind seit dem Eintreffen der Befragungstruppen bis heute im Ganzen acht vorgekommen, von denen einer in Folge eines Unglücksfalles eintrat. Da nach Beendigung der Regenzeit der Neubau und Ausbau der Unterbringungsräume für die Befragung in Ostasien mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gefördert werden wird, so werden die Wohnungsverhältnisse bald günstigere sein als bisher.

Die Erwerbung der Franzosen in Südchina, Quang-Schau-Wan, die Frankreich den Chinesen abtrug, um eine Kompensation für das deutsche Kiautschau zu haben, erwies sich bei näherer Betrachtung als wenig werthvoll. Der dortige Hafen ist so schlecht, daß große Schiffe nur zur Zeit der Fluth einlaufen und auslaufen können. Nach einem Bericht, den der „Siecle“ aus Tientsin erhielt, war auch die Besitzergreifung durchaus nicht so leicht und einfach, wie die offiziellen Depeschen glauben ließen. Der Mandarin, welcher das kleine Fort der Bucht besetzte, hatte zwar von Peking die Befehle erhalten, dieses den Franzosen zu übergeben, und kam dieser Befehl sofort nach, als der „Bauban“ im Hafen erschien. Unter den Klängen der Marseillaise wurde die französische Fahne aufgeschlagen und das Fort acht Soldaten der Marineinfanterie übergeben. Diese kleine Befestigung imponirte der Bevölkerung so wenig, daß sie an den folgenden Tagen das Fort mit Steinwürfen angriff. Die Verstärkung der Garnison führte nur zur Verschlimmerung der Lage. Am 12. August, einen Monat nach der Befestigung, mußte man den Chinesen eine förmliche Schlacht liefern, wobei drei Franzosen verwundet wurden. Eine nächtliche Ueberumpelung wurde dadurch abgelenkt, aber seither werden beständig fünfzehn Wachposten in der Umgegend gehalten. Am 5. September wurde in einer Entfernung von 15 Kilometern vom Fort eine Schwalpe von Piraten angegriffen. Die französische Besatzung war glücklicher Weise gewarnt worden, so daß sie die Piraten vor ihrem Angriff niederwarf. Eine weitere Verstärkung der Garnison ist vor der Hand unmöglich, da es an einer Kaserne fehlt. Was die angeblichen Handelsvorteile betrifft, so sieht man nicht ein, woher sie kommen sollen; denn die Gegend ist arm und in Quang-Schau-Wan befindet sich bis jetzt kein einziger Handelsmann.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. November. Das heutige „Armeesblatt“ bringt an hervorragender Stelle eine offenbar authentische Publikation zur Lösung der Pester Kriegerdenkmalsfrage, wonach das kaiserliche Denkmal einer würdigen Restaurierung auf der Terrasse vor der Mitte der Front der Infanterie-Kadettenschule in Pest über einer Gruft errichtet werden wird, in welcher die bisher auf dem Militärfriedhofe bestatteten Gebeine der bei der Verteidigung Oden's gefallenen Krieger zu vereinigen sind. Alle hieraus erwachenden Kosten werden von der kaiserlichen Privatkassa bestritten. Der Artikel besagt weiter, die Armee begreife die Uebertragung als hochherzige Lösung einer Frage, welcher niemals ein politischer Charakter hätte innewohnen sollen. Sie fühle, daß das Kaiserin Elisabeth-Denkmal das würdigste sei, die historische Stätte des Denkmals der Krieger treue einnehmen, und ist überzeugt, daß das den ritterlichen Sinn so warm betonende Ungarische Volk dem Denkmal treubewährter Soldatenpflicht nunmehr die ihm gebührende Ehrung nicht verweigern werde.

Ein Kommuniqué des Verbandes der deutschen Volkspartei befragt: Der Verband nahm den Bericht des Vorstehenden über den Grager Vertrauensmännertag zur Kenntnis. In der diesbezüglichen Debatte verwarfen sich zahlreiche Verbandmitglieder, und zwar Vertreter aller anderen Kronländer, dagegen, Vorchriften über ihr Verhalten von der Vertrauensmänner-Verammlung eines einzelnen Kronlandes entgegenzunehmen. Schließlich wurde die politische Lage besprochen und der Vorstand beauftragt, über die gegenüber den zu gewärtigenden Ereignissen zu beobachtende Haltung binnen acht Tagen Bericht zu erstatten.

Prag, 9. November. Heute Abend durchzogene erregte Elemente haufenweise die Stadt; wo sie einen heftigen Studenten erblinden, wurde er verhöhnt und beschimpft; einer wurde sogar mit Stöcken mißhandelt und mußte von der Polizei aus dem Knäuel herausgehauen werden. Die gesamte Sicherheitswache ist aufgebotsen und alle öffentlichen Anstalten, besonders die beiden Theater, werden scharf bewacht. Das Straßenbild ist wie im Dezember des Vorjahres, die Stimmung erregt.

Frankreich.

Paris, 9. November. Die in der heutigen Sitzung der Friedenskommission von den amerikanischen Delegirten übergebene Denkschrift weist die von den Spaniern gegen die Preisgebung der Philippinen angeführten Gründe zurück, ohne einen Gegenorschlag aufzustellen. Aus derselben geht hervor, daß die Amerikaner die Sicherung der kubanischen Schuld wie bisher ablehnen und die Abtretung der Philippinen fordern, welche Spanien verweigert.

Admiral Jauréguiberry wurde heute Vormittag vom Marineminister Lotzow empfangen und reiste Abends nach Toulon zurück. Eine Meldung des „Temps“ aus Toulon bestätigt, daß die vom Marineminister angeordneten Mütungsarbeiten im Hafen und auf den Schiffen eifrig betrieben werden.

England.

London, 9. November. Bei dem heutigen Bankett in der Guild Hall hielt der Premierminister Lord Salisbury eine Rede, in der er einen Rückblick auf die Ereignisse der jüngsten Zeit warf. Neben brachte zunächst die tiefe Theilnahme anlässlich der Ermordung der Kaiserin von Oesterreich zum Ausdruck, gab darauf Kenntnis von dem Beitritt Englands zur Konferenz gegen die Anarchisten und erwähnte die auf strenge erzielten Erfolge. Der Minister nahm sodann auf die jüngste Gefahr eines europäischen Krieges Bezug. Der drohende Sturm sei jedoch durch die große Besonnenheit und den gefunden Verstand, welche die französische Regierung in Verhältnissen von außergewöhnlicher Schwierigkeit bekundet habe, wie er, Nebner, glaube, abgemindert. Der Minister sprach die Hoffnung aus, es werde für England nicht nötig sein, seine Position in Egypten zu ändern.

Türkei.

Konstantinopel, 5. November. Ueber einen blutigen Vorfall in Zugag (Wilajet Angora) wird von verlässlicher Seite gemeldet: Der Präfekt von Zugag, Edib Effendi, hatte den Einwohnern des Distriktes von Usunlu gegen einen Bakisch von 250 türkischen Pfund versprochen, die Verwaltungsbehörden von Boghazlian, dem bisherigen Hauptort des von 18.000 Armeniern und 15.000 Moschamedanern bewohnten Distriktes, nach Usunlu zu verlegen. Gegen diese Absicht des Präfekten erhob der moschamedanische Theil der Bevölkerung Einspruch, worauf Edib Effendi vom Bali von Angora die Ermächtigung verlangte, mit 150 Mann Linientruppen und Japichis in Boghazlian einzurücken, um die Bevölkerung mit Gewalt zur Anerkennung des Vorranges von Usunlu zu zwingen. Der Bali jedoch, der einen blutigen Zwischenfall befürchtete, verweigerte dem Präfekten von Zugag die angeforderte Erlaubnis. Dieser führte aber trotzdem sein Vorhaben aus und ergriff mit 150 Soldaten und Japichis in Boghazlian. Dort angelangt, wurde das Militär von türkischen Frauen mit Steinen beworfen, worauf Edib Effendi seinen Truppen den Auftrag ertheilte, gegen die Bevölkerung ohne jede Rücksicht vorzugehen, wobei gegen 50 Armeniern und Moschamedanern getödtet und ungefähr 100 Einwohner verwundet wurden. Dieser Vorfall zeigt abermals, wie mangelhaft die in der türkischen Verwaltung bestehende Disziplin ist.

Kanea, 9. November. (Meldung des Wiener k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.) An Schakir Pascha ist ein Ultimatum gerichtet worden, demzufolge am 15. November alle türkischen Offiziere, Soldaten und Gendarmen ohne Ausnahme, ebenso die bei Suda liegenden Kriegsschiffe die Insel verlassen haben müssen. Das gesamte türkische Kriegsmaterial verbleibt unter dem Schutze der Admirale; die türkische Flagge wird eingezogen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. November. In dem Weingast Parabelplatz 21 wurde letzte Nacht ein Einbruch verübt und ein Gelbbetrag von 200 Mark gestohlen. Die Diebe gelangten zum Hof aus durch ein Fenster, das sie einbrachten, in den Keller und von dort in die Geschäftsräume, wo ein Pult erbrochen und der darin aufbewahrte Gelbbetrag entwendet wurde. Nach gehauer Arbeit stärkten sich die Einbrecher durch ein Glas Portwein.

Verhaftet wurde hier auf Ansuchen der Polizeiverwaltung Schweinmörder der Kellner Johann Harber, derselbe wurde wegen Diebstahls verfolgt.

Im Gewahrsam der Kriminalpolizei befinden sich zwei goldene Ringe, ein Siegelring mit Monogramm F. V., der andere mit einer Gemme.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß das Manuscript zum Stettiner Monatsausgeber nur noch bis morgen Freitag in der Buchhandlung von Paul Neumann, Al. Domsir 7, zur Einsicht behufs etwaiger Veränderungen liegt.

Das Feld-Artillerie-Regiment Nr. 2 hält am Sonnabend, den 12. d. Mts., ein Schießen mit scharfer Munition zwischen Bismark und Blankensee ab. Das gefährdete Gelände wird begrenzt durch die Drifschäfen Wood-Plöwen-Bismark-Hohenfelde-Müllershöhe-Blankensee-Wood. Die Schützengruppe geht von der Höhe zwischen Hohenfelde und Bismark auf den Regow-See.

Der Verächter, die lustige Zauberposse, geht am Sonnabend im Belle Vue-Theater mit Herrn Pichs als „Valentin“ bei halben Preisen in Scene.

Zugabe: Artikel sind in den Waarenhäusern jetzt schon händlicher Brauch, aber auf eine neue Idee ist ein Waarenhaus in der Gassestraße in Berlin gekommen. Wer dort am Sonnabend und Montag für eine Mark

Waaren einkaufte, konnte sich umsonst photographiren lassen.

Die im Postverkehr eingeführte Erleichterung, daß Geldbeträge auf mittelst gewöhnlicher Postkarte eingezogen werden können, während dies früher nur mittelst des sogenannten Postauftrags möglich war, hat sich das Publikum bisher in auffallend geringem Maße zu Nutze gemacht; es scheint also, daß diese postalische Neuerungen noch sehr wenig bekannt ist. Deshalb sei wiederholt darauf hingewiesen, daß bei Geldentziehung durch Postkarte die letztere einfach nur mit der Adresse des Zahlungspflichtigen und ferner am Kopfe derselben Seite mit der Angabe des zu erhebenden Betrages in Buchstaben und Ziffern, sowie mit dem Namen und Wohnort des Auftraggebers zu versehen ist, während die Rückseite der Karte zu beliebigen Mittheilungen, wie z. B. auch zur Quittung über die geleistete Zahlung, benutzt werden kann. Eine solche Nachnahmekarte kostet dann nur 15 Pf., während für den Postantrag 30 Pf. zu zahlen sind. Für die Lieberung des eingezogenen Betrages aber werden von der Post die nämlichen Sätze erhoben wie bei Postanträgen, d. h. also, die auch für Postanweisungen gelten. Mittheilung kann diese Erleichterung im postalischen Geldverkehr als eine wesentliche Verbesserung bezeichnet und deshalb dem Publikum nicht genug zur Benutzung empfohlen werden.

Landwirtschaftskammer.

* Stettin, 10. November.

Im Sitzungssaale des Landhauses trat heute die Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern zusammen. Die Sitzung wurde um 11 1/2 Uhr durch den Vorsitzenden der Kammer, Graf Schönerh. v. Lützow, mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser eröffnet. Sodann begrüßte der Vorsitzende die als Vertreter der Regierung anwesenden Herren Oberpräsident v. Wittke, Regierungspräsident v. Sommerfeld, Landesobermann v. Eichenhart-Bothe sowie die Vertreter der Generalcommission. Für letztere nahm Herr Regierungsrath v. Ehrlich das Wort, um die bisherige erfolgreiche Thätigkeit der Kammer eingehend zu würdigen und den ferneren Arbeiten guten Erfolg zu wünschen. Das Ansehen der seit der letzten Tagung verstorbenen Mitglieder ehrt die Kammer durch Erheben von den Plätzen. Nach Erledigung einiger weiterer geschäftlicher Angelegenheiten tritt die Kammer in die Erledigung der Tagesordnung ein und erhält zunächst Herr Oberst v. Saldermann-Valentin das Wort als Berichterstatter für die Vorlage betreffend Bestimmungen über Prämien, ausgestellt Thiere auf landwirtschaftlichen Schauen. Die im Bereich der Landwirtschaftskammer für die Provinz Pommern abgehaltenen Schauen sollen zerfallen in Provinzialschauen, Bezirkschauen und Gruppenschauen von einem oder mehreren Kreisen. Für die Bezirkschauen wird die Provinz in drei Bezirke abgetheilt wie folgt: 1. Bezirk: Regierungsbezirk Straßburg und vom Regierungsbezirk Stettin die Kreise Anklam, Demmin, Uckermark und Uckermark-Wollin; 2. Bezirk: die Kreise Greifenhagen, Greifenhagen, Ramin, Niegard, Wris, Nandow, Regenwalde, Sargitz und der Stadtkreis Stettin; 3. Bezirk: Regierungsbezirk Köslin. Die Zusammenlegung der Kreise für die Abhaltung von Gruppenschauen erfolgt in den Bezirken nach Vereinbarung der Kreiscommissionen unter Vorbehalt eines Abgeordneten des Ausschusses für Viehzucht der Landwirtschaftskammer. Von der für die Prämien auf Schauen an Staats-, Provinzial- oder Landwirtschaftskammern bestimmten Summe wird alljährlich ein Betrag von mindestens 20 Prozent in Abzug gebracht zur Bildung eines besonderen Fonds, welcher u. A. bestimmt ist zur Verwendung für die Prämien auf dem in Stettin städtischen Pferdemarkt nach Vereinbarung zwischen dem Ausschuss für Viehzucht und dem Pferdemarkts-Komitee. Die Prämien werden sich bei Provinzial- und Bezirkschauen auf Pferde, Minder, Schafe und Schweine, bei den Gruppenschauen auf Pferde und Minder, doch bleibt es den Kreiscommissionen unbenommen, aus eigenen oder aus Mitteln der landwirtschaftlichen Vereine auch Preise zur Prämierung von Schafen und Schweinen auszugeben. Die Prämiengebelde an Staats-, Provinzial- und Landwirtschaftskammern-Mitteln sollen bei den Gruppenschauen ausschließlich Meingrundsbestimmern, die anderen Preise, namentlich Grenzpreise, auch den Gruppengrundsbestimmern zuertheilt werden. Auf Bezirks- und Provinzialschauen haben alle Ansteller gleichen Anspruch auf die ausgesetzten Preise. Soweit die wichtigsten Vorschläge des Entwurfes, von dessen unveränderter Annahme Referent bittet. Nach längerer Debatte, die sich namentlich auf die Abgrenzung der Prämienfähigkeit zwischen Groß- und Meingrundsbestimmung erstreckte, wurde die Vorlage mit einer unbedingten Aenderung angenommen.

Gerichts-Zeitung.

* Stettin, 10. November.

Vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts hatten sich gestern der 50 Jahre alte Kaufmann Zacharias D. behauptet, als Hauptfahnd hinterlegt. Das Gericht gelangte nach mehrstündiger Verhandlung zur Verurtheilung beider Angeklagten, da zur Lieberung nachgewiesen ist, daß dieselben spätestens im September 1895 ihre Involvenz erkannt haben müßten. Wenn trotzdem weiter Waaren bestellt wurden, sogar mehr als früher, so sei die Absicht des Betrügers klar ersichtlich: die Angeklagten konnten und wollten nicht zahlen, es kam ihnen nur darauf an, sich auf irgend eine Art über Wasser zu halten. Es wurde gegen jeden der beiden Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten erkannt.

Eine besonders bössartige Stationschwindel gelangte gestern vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts I. zur Verhandlung. Der Vorsitzende bemerkte, daß es hinsichtlich der Verurtheilung der Angeklagten kein Zweifel sei, wenn dieser Fall den breitesten Weg in die Öffentlichkeit fände, damit möglichst viele Menschen, die ja leider nur zu leicht auf Stationschwindel hereinfielen, gewarnt würden. Aus der Unterjüngerschaft wurde der noch jugendliche Kaufmann Bruno Münder vorgeladen. Er hatte am Schluß des vorigen Jahres eine zehnmonatige Gefängnisstrafe wegen Urkundenfälschung verbüßt. Im März d. J. mietete er sich eine kleine Zimmer in der Reichenbergerstraße, von denen er das eine in der nächstgelegenen Weise als Kontor und Lager ausstattete. Das „Lager“ bestand aus einem geringen Posten von Damentascheverpackungen und das Geschäft sollte durch gemacht werden, daß die Stoffe an Privatpersonen verkauft werden sollten. Der Angeklagte gebrauchte hierzu Reisende. Er suchte solche mit Kontor und innerhalb zweier Monate gingen acht Personen ins Garn, die auf schändlichste Betrogen wurden. Der Angeklagte versprach gutes Gehalt, verlangte aber hohe Kontanten, da seinen Angefertigten große Summen und wertvolle Waaren durch die Finger gingen. Die Kontanten sollte bei der Dresdener Bank hinterlegt werden. Die Bedauernswürthen, die ihm Glauben schenken, opferten je nach der Höhe ihrer Ersparnisse größere Summen, und innerhalb kurzer Zeit hatte der Angeklagte gegen 7000 Mark zusammengebracht. Die von ihm angenommenen Leute wurden in sonderbarer Weise beschäftigt; einige schrieben Adressen, andere mußten Musterkollektionen zusammenstellen und wieder andere mußten die Schieber der Modistinnen auf den Straßen aufsuchen und sie abgeben. So gelang es dem Angeklagten, in den Kreisen den Glauben zu erwecken, als handle es sich um Vorbereitungen zu einem größeren Geschäft. Am 10. Juni erfolgte die Katastrophe. Als seine Angefertigten ins Geschäft gehen wollten, fanden sie vor eine verschlossene Thür, der Inhaber war verschwunden. Als er sich nach Wochen nicht wieder blicken ließ, wurde sein „Lager“ versteigert — es brachte gegen 70 Mark. Mitte Juli kehrte Münder nach Berlin zurück; er wurde sofort in Haft genommen. Mittel befaß er nicht mehr. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von acht Jahren und fünfjährigen Ehrverlust. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren und fünfjährigen Ehrverlust. Zwei Fälle blieben noch unerledigt, wegen dieser wird der Angeklagte sich noch in einer späteren Verhandlung zu verantworten haben.

Offene Stellen.

für Militärärzte im Bezirk des 2. Armee-

korps. 1. Februar 1899, Greifswald, kaiserliches Postamt, Landbriefträger, 700 Mark Gehalt und der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß. — 1. April 1899, Mitterguts-Krönke bei Störlin (Verlante), Mittergutsbesitzer von Gauder, Stralendorf bei Mollnow, Förster. — Sofort, Schloppe (Weipr.), Magistral, Schuldiener, Gehalt 180 Mark, freie Wohnung 72 Mark, Brennholz 60 Mark, Nebeneinkommen 30 Mark, zusammen 342 Mark. — 1. Januar 1899, Stargard (Pomm.), kaiserliches Postamt, Postkassier, 800 Mark Gehalt und der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß. — 15. November 1898, Stargard (Pomm.), Magistral, Postkassier, 1000 Mark Jahresgehalt, 100 Mark jährliche Miethentschädigung und außerdem freie Uniform, Stude, das Gehalt steigt von 3 zu 3 Jahren um je 100 Mark bis zu 1500 Mark. — 1. Januar 1899, Stettin, kaiserliches Postamt 8, Postkassier, 800 Mark Gehalt und der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß. — Sofort, Stettin, königliche Regierung, Aufwärter, für die Reinigung der Lokale der Regierungskassette, des Schloß-Territoriums, der sämtlichen Aborte und Klosetts und für den Geldtransport jährlich 360 Mark; für das Vorhalten von Trunk- und Waschwasser und der erforderlichen Handtücher jährlich 36 Mark; für Reinigungsmittel jährlich 18 Mark. — 1. Januar 1899, Swinemünde, Magistral, 2 Postkassieranten zum Nach- und theilweise auch zum Tagesdienst, je 1100 Mark, steigend von 5 zu 5 Jahren um 100 Mark bis zum Höchstbetrage von 1400 Mark und jährlich je 50 Mark Kleidergehalt. — 6. Januar 1899, Belgard, kaiserliches Postamt, Landbriefträger, 700 Mark Gehalt und der gesetzliche Wohnungsgeldzuschuß.

Kunst und Wissenschaft.

Breslau, 8. November. Die neue Oper des Neapolitaners Alfano, betitelt „An der Quelle von Enchir“, hat bei ihrer ersten Aufführung im hiesigen Stadttheater heute großen Erfolg errungen. Die eigenartige Musik gefiel allgemein.

Vermischte Nachrichten.

Die Affäre Grünenthal dürfte noch eine sehr verwickelte werden, da sich die Behörden weigern, etwas von dem beschlagnahmten Vermögen des Oberfaktors herauszugeben. An dieses erheben aber außer dem Fiskus noch Ansprüche Frau Grünenthal und Ella Gols, welche letztere dem Oberfaktor eine Summe von 22 000 Mark von den zu ihrer Sicherstellung ihr schon vor längerer Zeit übergebenen 52 000 Mark geliehen hat. Die Angelegenheit dürfte nun so geregelt werden, daß über das Vermögen Grünenthal's Konturs verhängt wird und die Gläubiger — in diesem Falle der Fiskus, Frau Grünenthal und Ella Gols — im Verhältnis ihrer Forderungen partizipieren.

Eine Angeklagte im Brautstaat — das dürfte denn doch noch nicht dagewesen sein! — Frau Jeanette B. aus Nürnberg war dieser Tage am neun Uhr Vormittags vor das dortige „Schöffengericht“ geladen, um sich — wegen Körperverletzung — zu verantworten. Sie hatte nämlich eine ganze Familie, Namens Müller, mit der stehlen und misshandeln. Die Angeklagte war auch rechtzeitig

zur Stelle, doch hat sie den amirenden Richter, er möge sie doch eintweilen wieder entlassen, da sie im zehn Uhr Hochzeit habe. Der menschenfreundliche Beamte erfüllte auch diese Bitte unter der Bedingung, daß Frau Müller B. um 11 Uhr wieder zu erscheinen habe. Da die freischützliche Dame aber um die festgesetzte Zeit das Wiederkommen vergaß, wurde die Verhandlung auf Nachmittags 3 Uhr verlegt und zugleich gegen die Angeklagte ein Verhaftungsbefehl erlassen. Punkt drei Uhr fuhr nun der Herr Richter des Justizpalastes eine elegante Kutsche vor, der in Begleitung eines Kriminalbeamten die Braut entließ, angethan mit dem Hochzeitskleide, dem Mythenkranz und dem Brautkranz. Als die Angeklagte in diesem Aufzuge den Gerichtssaal betrat, brach begreiflicher Weise unter der zahlreich anwesenden Jury ein Sturm der Heiterkeit los, so daß sich der Präsident genöthigt sah, hiergegen energisch zu protestiren. Das Resultat der Verhandlung war, daß der Honigmonat der jungen Frau durch eine zehnjährige Gefängnisstrafe demnach unterbrochen wird. Während im Justizpalast das Ungewitter über dem Haupt der verheirateten Braut losbrach, vernahm die Brautjungfer in einer benachbarten Wirtschaft hinter dem Biergarten, nach beendiger Verhandlung ging's der Wagen wieder nach Hause, diesmal jedoch in Begleitung des auf eine harte Geduldsprobe gestellten Bräutigams. Hierauf konnte namentlich die fischige Eingebung des bereits standesamtlich verbundenen Paares erfolgen. Der glückliche Gemann hat da jedenfalls eine recht energische Frau bekommen.

Städtischer Viehhof.

Stettin, 10. November. (Original-Bericht.)

Antrieb: Wogenbericht bis Mittwoch Abend: 230 Rinder, 250 Kälber, 380 Schafe, 946 Schweine, 2 Ziegen. Donnerstag bis Mittags 12 Uhr: 39 Rinder, 59 Kälber, 41 Schafe, 198 Schweine.

Besatz wurden für 50 Rg. (100 Pfund) Schlachtgewicht:

Minder: (d) hiesige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahr alt — bis —, (b) junge fleischig, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 54 bis 55, (c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 52 bis 53, (d) gering genährte jeden Alters — bis —. Bullen: (a) vollfleischig höchsten Schlachtwerts — bis —, (b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 52 bis

Städtischer Viehhof.

Stettin, 10. November. (Original-Bericht.)

Antrieb: Wogenbericht bis Mittwoch Abend: 230 Rinder, 250 Kälber, 380 Schafe, 946 Schweine, 2 Ziegen. Donnerstag bis Mittags 12 Uhr: 39 Rinder, 59 Kälber, 41 Schafe, 198 Schweine.

Besatz wurden für 50 Rg. (100 Pfund) Schlachtgewicht:

Minder: (d) hiesige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahr alt — bis —, (b) junge fleischig, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 54 bis 55, (c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 52 bis 53, (d) gering genährte jeden Alters — bis —. Bullen: (a) vollfleischig höchsten Schlachtwerts — bis —, (b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 52 bis

Städtischer Viehhof.

Stettin, 10. November. (Original-Bericht.)

Antrieb: Wogenbericht bis Mittwoch Abend: 230 Rinder, 250 Kälber, 380 Schafe, 946 Schweine, 2 Ziegen. Donnerstag bis Mittags 12 Uhr: 39 Rinder, 59 Kälber, 41 Schafe, 198 Schweine.

Besatz wurden für 50 Rg. (100 Pfund) Schlachtgewicht:

Minder: (d) hiesige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahr alt — bis —, (b) junge fleischig, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 54 bis 55, (c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 52 bis 53, (d) gering genährte jeden Alters — bis —. Bullen: (a) vollfleischig höchsten Schlachtwerts — bis —, (b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 52 bis

53, (c) gering genährte 49 bis 50. Färsen und Kühe: (a) vollfleischig ausgewachsene höchsten Schlachtwerts — bis —, (b) vollfleischig, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt 51 bis 52, (c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Färsen und Kühe 48 bis 50, (d) mäßig genährte Färsen und Kühe 46 bis 47. Kälber: (a) fleischig Kälber (Vollfleisch) und beste Saugkälber 60 bis 61, (b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 58 bis 59, (c) geringe Saugkälber 57 bis 58, (d) ältere gering genährte Kälber (Treffer) — bis —.

Schafe: (a) Mastlamm und jüngere Mastlamm — bis —, (b) ältere Mastlamm 56 bis 58, (c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschaf) 54 bis 55.

Schweine: (a) vollfleischig der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahr 59 bis 60, (b) fleischig Schweine 57 bis 58, (c) gering entwickelte — bis —, (d) Sauen 55 bis 56, (e) Eber 40 bis 45.

Verlauf und Tendenz:

Der Viehmarkt verlief trotz des geringen Auftriebs sehr flau. Schweine und Minder wurden flott verkauft. Kälber zum Schluß schließend.

Abtrieb nach außerhalb vom 3. November bis 9. November: 1 Rind, 14 Kälber, 46 Schweine.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Nebel.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Schön.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Schön.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Schön.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

53, (c) gering genährte 49 bis 50. Färsen und Kühe: (a) vollfleischig ausgewachsene höchsten Schlachtwerts — bis —, (b) vollfleischig, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt 51 bis 52, (c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Färsen und Kühe 48 bis 50, (d) mäßig genährte Färsen und Kühe 46 bis 47. Kälber: (a) fleischig Kälber (Vollfleisch) und beste Saugkälber 60 bis 61, (b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 58 bis 59, (c) geringe Saugkälber 57 bis 58, (d) ältere gering genährte Kälber (Treffer) — bis —.

Schafe: (a) Mastlamm und jüngere Mastlamm — bis —, (b) ältere Mastlamm 56 bis 58, (c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschaf) 54 bis 55.

Schweine: (a) vollfleischig der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahr 59 bis 60, (b) fleischig Schweine 57 bis 58, (c) gering entwickelte — bis —, (d) Sauen 55 bis 56, (e) Eber 40 bis 45.

Verlauf und Tendenz:

Der Viehmarkt verlief trotz des geringen Auftriebs sehr flau. Schweine und Minder wurden flott verkauft. Kälber zum Schluß schließend.

Abtrieb nach außerhalb vom 3. November bis 9. November: 1 Rind, 14 Kälber, 46 Schweine.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Nebel.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Schön.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Schön.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Schön.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

53, (c) gering genährte 49 bis 50. Färsen und Kühe: (a) vollfleischig ausgewachsene höchsten Schlachtwerts — bis —, (b) vollfleischig, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt 51 bis 52, (c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Färsen und Kühe 48 bis 50, (d) mäßig genährte Färsen und Kühe 46 bis 47. Kälber: (a) fleischig Kälber (Vollfleisch) und beste Saugkälber 60 bis 61, (b) mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 58 bis 59, (c) geringe Saugkälber 57 bis 58, (d) ältere gering genährte Kälber (Treffer) — bis —.

Schafe: (a) Mastlamm und jüngere Mastlamm — bis —, (b) ältere Mastlamm 56 bis 58, (c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Mastschaf) 54 bis 55.

Schweine: (a) vollfleischig der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahr 59 bis 60, (b) fleischig Schweine 57 bis 58, (c) gering entwickelte — bis —, (d) Sauen 55 bis 56, (e) Eber 40 bis 45.

Verlauf und Tendenz:

Der Viehmarkt verlief trotz des geringen Auftriebs sehr flau. Schweine und Minder wurden flott verkauft. Kälber zum Schluß schließend.

Abtrieb nach außerhalb vom 3. November bis 9. November: 1 Rind, 14 Kälber, 46 Schweine.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Nebel.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Schön.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Schön.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.

Börsen-Berichte.

Stettin, 10. November. Wetter: Schön.

Temperatur + 2 Grad Reaumur. Barometer 772 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % Ioto 70er 37,40 bez.